

»DIE RATIO IST EINE BESSERE RATGEBERIN FÜR DIE KLIMAPOLITIK ALS ALLE IDEOLOGIEN.«



PROF. DR. JOACHIM WEIMANN, LEITER DES LEHRSTUHL FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK AN DER OTTO-VON-GUERICKE-UNIVERSITÄT MAGDEBURG

NUR MIT EINER RATIONALEN KLIMAPOLITIK WERDEN WIR IN DEUTSCHLAND DIE ANGESTREBTE MINIMIERUNG DER CO₂-EMISSIONEN ERREICHEN, OHNE UNSEREN WOHLSTAND ZU GEFÄHRDEN. MIT EINER SOLCHEN KLIMAPOLITIK IST AUCH DIE WEITERE NUTZUNG VON BRAUNKOHLE VEREINBAR.

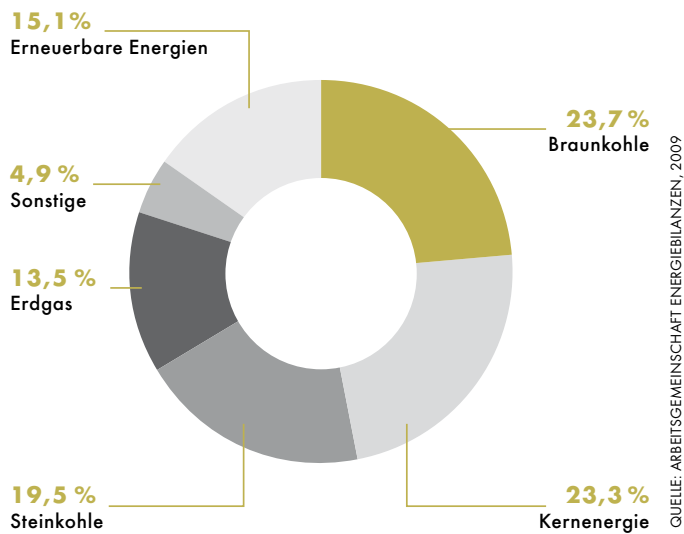
Wenn wir nicht energisch gegen den Klimawandel vorgehen, übergeben wir künftigen Generationen sehr wahrscheinlich eine Welt, in der sie einen hohen Preis für unsere Unterlassungen zahlen müssen. Zweifellos brauchen wir deshalb Klimapolitik. Die Frage ist lediglich, wie wir sie verantwortungsvoll und rational gestalten. Konkret ist damit gemeint, dass wir zwei zentrale Aspekte mitbeachten müssen: die Begrenztheit unserer wirtschaftlichen Ressourcen und unsere Versorgungssicherheit.

Wir können etwa darüber streiten, auf wie viel Einkommen wir zugunsten des Klimaschutzes verzichten wollen. Die letztlich zur Verfügung stehenden Mittel werden jedoch immer endlich sein. Demnach kann und darf rationaler Klimaschutz nicht CO₂-Vermeidung um jeden Preis bedeuten. Dies wird von der Politik leider häufig nicht berücksichtigt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die EU-weite Einführung der Energiesparlampe, die hohe Kosten verursacht, aber kein Gramm CO₂ einspart. Denn aufgrund der neuen Lampen sinken zwar der Stromverbrauch und damit auch die CO₂-Emissionen der Stromproduzenten – die allerdings verkaufen die entsprechenden Emissionsrechte. Das CO₂ wird dann beim Käufer der Rechte emittiert, vielleicht in einem französischen Aluminiumwerk oder in einer italienischen Glashütte.

Ohne solche klimapolitischen Eingriffe, mit denen Verbrauchern und Industrie vorgeschrieben wird, wie und wo sie CO₂ einzusparen haben, wäre der Handel mit CO₂-Emissionsrechten ein sehr sinnvolles Instrument. Die EU hat ihn 2005 eingeführt, damit Klimapolitik kosteneffizient gelingt. Er legt verbindlich fest, wie viel Kohlendioxid im Rahmen des Emissionshandels der EU emittiert werden darf. Welche Einsparungen vorgenommen werden, müssen die großen Energieverbraucher und die Stromproduzenten entscheiden, denn es liegt in ihrem eigenen Interesse, die kostengünstigste Form der CO₂-Vermeidung zu wählen, und darüber hinaus verfügen sie über die dazu erforderlichen Informationen.

Anteile der Energieträger an der Stromerzeugung in Deutschland, 2008

Anteile in Prozent – gesamt: 638 Mrd. kWh



Der Handel mit Emissionsrechten ist eine der Grundlagen einer rationalen Klimapolitik. Wir müssen aber auch Sorge dafür tragen, im Übereifer nicht die ökonomischen Grundlagen unseres Gemeinwesens zu beschädigen, indem wir die Sicherheit unserer Energieversorgung auf dem Altar des Klimaschutzes opfern. Wir brauchen eine verlässliche und wettbewerbsfähige Energie- und Stromversorgung. Sie ist essenziell für unseren Wohlstand und nur wohlhabende Gesellschaften können sich teure „saubere“ Energie leisten.

Eine teure Angelegenheit wird die Emission von Klimagas für die Stromproduzenten, weil der CO₂-Markt sie verpflichtet, für die emittierten CO₂-Mengen entsprechende Rechte vorzuhalten bzw. zu erwerben. Da diese Kosten in den Strompreis einfließen, scheint nun unter allen Primärenergieträgern gerade die Braunkohle am stärksten betroffen zu sein. Soll man deswegen auf sie verzichten? Das wäre keine kluge Entscheidung. Braunkohle ist bei uns besser verfügbar als die anderen Primärenergieträger und leicht abbaubar. Zudem sichert Braunkohlestrom unsere Versorgung in der Grundlast. Die erneuerbaren Energien werden noch länger nicht in der Lage sein, die Kernenergie oder die Braunkohle zu ersetzen und schon gar nicht beide gleichzeitig. Das zeigt die Grafik überdeutlich.

Insbesondere steht die Nutzung von Braunkohle auch nicht im Widerspruch zu einer rationalen und zugleich restriktiven Klimapolitik, wie manche behaupten. Der Emissionshandel stellt in jedem Fall sicher, dass die CO₂-Emissionen im Emissionshandelssektor gedeckelt bleiben, zu dem neben der Stromerzeugung ebenso die energieintensive Industrie gehört. Der EU steht es frei, diesen Deckel tiefer zu legen und die CO₂-Emissionen in diesem Sektor weiter zu reduzieren. Die Klimaziele, zu denen sich Deutschland und die EU verpflichtet haben, lassen sich damit nicht nur erreichen, sondern kosteneffizient realisieren. Wie bei all den Klimarestriktionen der optimale Energiemix zusammenzustellen ist, steht auf einem anderen Blatt. Die Braunkohle als leistungsstarker Energieträger wird in diesem Mix jedenfalls noch für Jahrzehnte eine bedeutende Rolle spielen.

Professor Joachim Weimann, Sie betreiben Forschung auf den Gebieten der Umweltökonomie wie auch der experimentellen Ökonomie. Wie geht das zusammen?

Für mich ist es kein Widerspruch, die Volkswirtschaftslehre als eine angewandte Wissenschaft zu sehen und dennoch Grundlagenforschung zu betreiben. Die Umweltökonomik und die Wirtschaftspolitik bilden den anwendungsbezogenen Teil, in dem es darum geht, wirtschaftstheoretische Modelle und Konzepte auf konkrete Fragestellungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik anzuwenden. Die Grundlagenforschung konzentriert sich auf die entscheidungstheoretischen Grundlagen unserer Disziplin und bedient sich vorwiegend experimenteller Methoden.

Was interessiert Sie daran?

Wie Menschen Entscheidungen treffen. Dass sie sich überwiegend nicht vollständig rational verhalten, hat sich mittlerweile auch unter Ökonomen herumgesprochen. Wenn dennoch fast alle ökonomischen Modelle an der Annahme strikter Rationalität festhalten, liegt das daran, dass wir von einer erfolgreichen deskriptiven Theorie eingeschränkt rationalen Verhaltens, die wir als Grundlage für ökonomische Modelle verwenden könnten, noch weit entfernt sind. Einer solchen Theorie etwas näher zu kommen, ist das Ziel der Experimente, die wir am Lehrstuhl durchführen.

Widerspricht das nicht Ihrer Forderung nach einer rationalen Klimapolitik?

Professor Selten, der den Nobelpreis für seine Arbeiten zur Spieltheorie bekommen hat, gleichzeitig aber ein weltbekannter Vertreter der experimentellen Ökonomie ist, hat auf eine ganz ähnliche Frage einmal geantwortet, er sei „methodischer Dualist“. Einerseits mache es sehr wohl Sinn, darüber nachzudenken, wie strikt rationale Entscheidungen aussehen würden, andererseits aber mache es genauso Sinn, darüber nachzudenken, wie Menschen tatsächlich Entscheidungen treffen. Ich kann es nicht besser formulieren. Für die Klimapolitik gilt, dass wir sehr genau darüber nachdenken müssen, was denn eine rationale Antwort auf die Herausforderung des Klimawandels ist, gleichzeitig aber bei der Umsetzung der Schlussfolgerungen daraus beachten müssen, dass Menschen nun einmal nur eingeschränkt rational sind.

Was kann man aus Ihren Experimenten für die Klimapolitik lernen?

Wir setzen Experimente in vielerlei Hinsicht ein, um besser zu verstehen, wie sich Menschen verhalten, wenn sie in einem sozialen Dilemma stecken. Dieses Dilemma besteht darin, dass es aus der Sicht des Einzelnen keinen Sinn macht, etwas für den Klimaschutz zu tun, weil sein Beitrag allein überhaupt keinen positiven Effekt hat, die Kosten dafür aber von ihm getragen werden müssten. Aus der Sicht des Kollektivs hingegen wäre es die beste Lösung, wenn alle einen Beitrag leisteten. Dieser Widerspruch zwischen individueller und kollektiver Rationalität ist das Kernproblem vieler Umweltprobleme. Und genau diesen Widerspruch kann man im Labor erzeugen, um dann zu beobachten, wie sich Menschen in einem sozialen Dilemma verhalten.

Haben Sie auch schon gezielte Experimente durchgeführt, die solchem eingeschränkt rationalen Verhalten in der Klimapolitik oder in Bezug auf die Klimafrage nachspüren?

Wir haben zum Beispiel untersucht, wie sich verschiedene Kommunikationsformen auf die Bereitschaft von Menschen auswirken, einen kooperativen Beitrag zu leisten. Dabei hat sich gezeigt, dass es zwar eine massive Kommunikationswirkung gibt, diese aber nur dann zu tatsächlichen Verhaltensänderungen führt, wenn die Kommunikation „von Angesicht zu Angesicht“ erfolgt. Das zeigt, dass beispielsweise Massenmedien keinen direkten Einfluss auf das Kooperationsverhalten nehmen können. Sie können aber dafür sorgen, dass bestimmte Themen zum Gegenstand von Gesprächen in kleinen Gruppen werden – und die haben dann einen Effekt.

Hat Ihr Buch „Die Klimapolitik-Katastrophe. Deutschland im Dunkel der Energiesparlampe“ bei den Entscheidungsträgern in der Klimapolitik schon Positives bewirkt?

Wenn man ein solches Buch schreibt, dann darf man nicht die Erwartung haben, damit politische Entscheidungen unmittelbar beeinflussen zu können. Ich habe aber schon den Eindruck, dass das Buch zusammen mit anderen Initiativen, die in die gleiche Richtung gehen, zumindest die Bühne dafür bereitet, dass Fragen diskutiert werden dürfen, die vor Kurzem noch völlig tabu waren. Zwar darf man noch immer nicht sagen, dass das EEG dem Klimaschutz schadet, ohne heftig angegriffen zu werden, aber immer mehr Menschen fangen an, darüber nachzudenken.